

E1 Grüne Eckpunkte 2019

Antragsteller*in: Lea Marie Heidbreder
Tagesordnungspunkt: 1. Grüne Eckpunkte 2019

1 Präambel

2 Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und mit seiner
3 Freiheit. So pathetisch dieser Anspruch klingt, trifft er doch den Kern unserer
4 Haltung. Denn wir leben in politischen Zeiten, die von jeder und jedem von uns
5 Verantwortung für diese Erde, Solidarität mit allen Menschen und Hoffnung auf
6 eine bessere Zukunft fordern. Das alles bündelt dieser Satz. Er ist daher
7 Grundlage aller Überlegungen.

8 Ob hier geboren oder zugezogen lieben wir diese Stadt. Die Möglichkeiten der
9 Begegnung auf dem Wochenmarkt, Spaziergänge in den Parks, das gemeinsame Feiern
10 auf den Weinfesten, das Erlebnis auf dem Sportcampus, die Aussicht von der
11 kleinen Kalmit, das freundlich Grüßen auf der Straße – auch wenn man sich noch
12 nicht kennt-, die schönen Gebäude mit ihrer Geschichte oder die Nähe innerhalb
13 der Stadt und zur Natur.

14 Gleichzeitig finden viele keinen für sie passenden Wohnraum, sei es die Familie
15 mit mehr als zwei Kindern oder ein Auszubildender. Während die Einen mit dem
16 Auto oft im Stau stehen, fehlt es viel zu oft an Sicherheit für Fußgänger*innen
17 und Radfahrende. So sehr wir sehen und fühlen, wie die Stadt zu Beginn des
18 Semesters aufblüht, so sehr vermissen wir genau das an vielen Wochenenden und in
19 den Semesterferien.

20 Deshalb halten wir Wohnraum, Mobilität und Universitätsstadt für die wichtigsten
21 Herausforderungen und größten Chancen der kommenden Jahre. Diese drei Themen
22 bilden die Eckpunkte unseres Programmprozesses. Sie sind der Anfang.

23 Grüne Politik geht darüber hinaus. Wenn es an Ganztagsbetreuungsplätzen in Kitas
24 und Schulen fehlt, können Frauen und Männer ihr Leben nicht so gestalten, wie
25 sie sich das wünschen. Wenn selbst eine fortschrittliche Stadt sich zu wenig für
26 Klimaschutz und Energiewende einsetzt, dann setzen wir diese Region, wie sie
27 ist, aufs Spiel. Wenn Bürgerbeteiligung nicht dazu führt, dass sich Menschen mit
28 ihren Anliegen und Ideen ernst genommen fühlen, dann wirbt Politik im 21.
29 Jahrhundert nicht für Demokratie. Wenn andere Einkaufszentren an
30 Autobahnabfahrten und nach Milieus getrennte Viertel bauen, müssen wir Räume
31 gleichberechtigten Miteinanders schaffen. Wenn andere in „Gute alte Zeiten“
32 zurückwollen – die es so niemals gab -, müssen wir an der Zukunft arbeiten und
33 Errungenschaften wie Gleichberechtigung, Inklusion, Integration und Vielfalt
34 verteidigen.

35 Der Mensch mit seiner Würde und Freiheit fordert von uns als Partei Politik für
36 alle zu machen. Unsere Wohnraumpolitik mit Eigentum über Baugruppen und sozialem
37 Mietwohnungsbau bedient letztlich die Bedürfnisse aller, auch wenn wir nicht die
38 Wünsche aller erfüllen. Bessere Radwege und Busverbindungen, führen für die, die
39 wirklich auf ein Auto angewiesen sind, zu weniger Stau und mehr freien
40 Parkplätzen. Studierenden zu helfen, sich in Landau heimisch zu fühlen, bringt

41 uns soziale, wirtschaftliche und kulturelle Vorteile. Das alles ist
42 mehrheitsfähig in Landau. Und wir besitzen die unverfälschte Eigenständigkeit
43 dafür selbstbewusst zu werben.

44 **Wohnraum – Für leistbares Wohnen**

45 In Landau mangelt es an Wohnraum und wir glauben, dass sich diese Situation
46 weiter verschärfen wird. Selbst die beste Politik in diesem Feld läuft bei einer
47 erfolgreichen, beliebten und anziehenden Stadt den Bedürfnissen der Menschen
48 hinterher. Ohne die richtigen Ansätze werden die Probleme immer schwerwiegender.
49 Die Ziele unserer Wohnraumpolitik sind daher, mehr **Mietwohnungsbau**, insbesondere
50 für Menschen mit geringem Einkommen, günstigere Möglichkeiten **Eigentum** zu
51 erwerben, eine langfristig erfolgreiche **Wohnungsbaugesellschaft** zu betreiben und
52 dabei schonend mit Flächen umzugehen und einen Beitrag zum **Klimaschutz** zu
53 leisten.

54 Wir wollen höhere Mindestquoten für den sozialen geförderten **Mietwohnungsbau**.
55 Dreißig Prozent der entstehenden Wohnfläche und 30 % der entstehenden
56 Wohneinheiten sollen mindestens Gering- und Durchschnittsverdienenden
57 vorbehalten sein. Dabei wollen wir darauf achten, dass ein größerer Anteil
58 exklusiv für Geringverdienende zur Verfügung steht, für die es oft keine reale
59 Option des Eigentumserwerbs gibt.

60 Eine **Wohnungsbaugesellschaft** im vollständigen Besitz der Stadt Landau kann
61 hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie gezielt Lücken im Angebot
62 schließt. Sozialwohnungen sowohl für kinderreiche Familien als auch für
63 Alleinstehende und als Wohngemeinschaften konzipierte Objekte für Auszubildende,
64 Studierende und Senioren fehlen in Landau. Außerdem kann eine solche
65 Wohnungsbaugesellschaft für Baugruppen die Errichtung von Sozialwohnungen und
66 deren Verwaltung übernehmen sowie Investitionsmöglichkeiten für regionale
67 Wertschöpfung für Bürgerinnen und Bürger Landaus bieten.

68 Den für **Baugruppen, Baugenossenschaften und Baugemeinschaften** vorbehaltenen
69 Anteil an kernstädtischen Bauflächen wollen wir drastisch auf 70% erhöhen. Sie
70 schaffen hochwertigen, individuellen und verdichteten Wohnraum. Auf den 1000
71 Quadratmetern Grundstücksfläche, die für zwei freistehende Einfamilienhäuser
72 vorgesehen wären, kann eine Baugruppe auch sechs bis zwölf Wohneinheiten
73 gleicher Wohnfläche errichten. Durch die direkte Beauftragung eines Architekten,
74 umgeht eine Baugruppe die Kosten für einen Bauträger und reduziert so den
75 Endpreis pro Quadratmeter Wohnfläche bei gleicher bis höherer Qualität um 10 bis
76 20%. Mit der Erhöhung der entstehenden Gesamtwohnfläche steigt zeitgleich die
77 Wohnfläche für sozialen Mietwohnungsbau und die **Barrierefreiheit** wird durch
78 Aufzüge deutlich erhöht. Die **Gestaltungssatzungen** wollen wir gerade mit Blick
79 auf Baugruppen auf das Nötigste beschränken. Nötig ist es zum Beispiel nicht,
80 den Menschen vorzuschreiben, welche Farbe ihre Häuser oder die Ziegel ihrer
81 Dächer haben dürfen. Den Zwischenerwerb wollen wir erhalten, doch statt dem
82 System der Baufeldvermarktung des ehemaligen Landesgartenschau Geländes werden
83 wir enger an die Planung heranrücken und Baugruppen ebenso wie Bauträgern
84 Anteile an verdichtet konzipierten Baukörpern überlassen („Tübinger Modell“).
85 Gemeinsam genutzte Gärten und Tiefgaragen senken so weiter die Kosten und sorgen
86 für ein Miteinander in entstehenden Vierteln.

87 Reine Wohnviertel sind weder traditionell noch sinnvoll. Die klassische Stadt
88 verband jahrhundertlang Arbeiten im Erdgeschoss mit einer Wohnnutzung in den
89 Obergeschossen. Neue Viertel sollten deshalb immer um einen zentralen,

90 verkehrsberuhigten Platz mit Kita, Seniorenheim, Spielplatz und kleinem Park
91 entstehen, flankiert von Einkaufsmöglichkeiten, Gastronomie, Praxen und Büros.
92 Mit einer Mischung aus Eigentumswohnungen unterschiedlicher Größe und einem
93 relativ hohen Anteil an Mietwohnungen entstehen so **sozial durchmischte Viertel**.

94 Nahwärmenetze, Photovoltaik, aber auch energieeffizientes Bauen reduziert
95 langfristig die Nebenkosten und den **CO₂-Ausstoß**. Gebäudebegrünungen, Grüngärten,
96 Bäume und Artenschutzmaßnahmen leisten darüber hinaus viel für Artenschutz,
97 Kleinklima und Lebensqualität. Alle diese Aspekte wollen wir mitbedenken.

98 Bei neu entstehenden Vierteln wollen wir **autoarme Quartiere** entwickeln. Dafür
99 wird ebenerdiges Parken auf der Straße begrenzt auf Sozialdienste, Hebammen,
100 Ärzte, Menschen mit Beeinträchtigungen und Carsharing-Projekte. Um Wohnen aber
101 nicht teurer werden zu lassen, reduzieren wir die nötigen Mindestparkplätze in
102 Tiefgaragen pro Wohneinheit von 1,5 auf 0,5 bei Eigentum und 0,3 bei sozialem
103 Mietwohnungsbau. Wer dann mehr Parkplätze möchte, kann sie immer noch bauen. Wer
104 sie nicht will oder braucht, muss es nicht. Außerdem achten wir auf
105 Fahrradparkplätze und eine gute Anbindung an den ÖPNV.

106 Eine **Bodenschutzsatzung** sorgt nicht nur für das Sparen von Flächen, sondern
107 schützt auch wertvolle Böden und sorgt so dafür, dass weniger wertvolle zuerst
108 versiegelt werden – wenn nötig. Damit das möglichst nicht nötig ist, wollen wir
109 **Innenentwicklung** und **Nachverdichtung** vorantreiben. Das umfasst zum Beispiel die
110 Erhöhung der zulässigen Geschosshöhe, um alte Reihenhäuser für neue Generationen
111 attraktiver zu machen. Enteignungen von Landwirten und Winzern oder Druck zu
112 verkaufen wird es mit uns nicht geben.

113 Der Wohnraumnot Landaus gerade für Menschen mit kleinem Einkommen, begegnet man
114 nicht mit Neubaugebieten für Einfamilienhäuser. Sie verbrauchen wertvolle Böden,
115 reduzieren den potenziell entstehenden Wohnraum drastisch, sind deutlich teurer
116 als verdichtetes Bauen und verhindern Mietwohnungsbau. Deshalb lehnen wir **Landau**
117 **XXL** – eine Bebauung westlich der Wollmesheimer Höhe – entschieden ab.

118 Wichtiger wäre es neben Nachverdichtung, Innenentwicklung und verdichteten
119 Stadtvierteln, ein Konzept zu entwickeln, wie der bereits bestehende Wohnraum
120 effizienter genutzt werden könnte. Über 1000 Wohneinheiten in Landau werden nur
121 von einer Person über 70 Jahre bewohnt. Für manche von ihnen wäre es möglich,
122 passende Untermieter zu finden, die die Rente aufstocken und das Verbleiben in
123 ihrem Zuhause so zu erleichtern. Ein solches **Remanenzkonzept** wollen wir
124 erarbeiten. Außerdem sind zahlreiche Leerstände insbesondere in der Innenstadt
125 noch für eine Wohnraumnutzung zu aktivieren.

126 **Konkrete Maßnahmen Wohnraum:**

- 127 • Mindestquoten für geförderten sozialen Mietwohnungsbau auf 30% der
128 entstehenden Wohnfläche und der Wohneinheiten erhöhen, davon die Hälfte
129 exklusiv für Menschen mit geringem Einkommen
- 130 • rein städtische Wohnungsbaugesellschaft, die langfristig Angebotslücken
131 schließt
- 132 • Für Baugruppen 70% der kernstädtischen Bauflächen reservieren
- 133 • verpflichtende Nahwärmenetze und Photovoltaik-Anlagen in neuen Vierteln
- 134 • Reduktion der Mindestanzahl der Tiefgaragen-Parkplätze pro Wohneinheit

- 135 • Bodenschutzsatzung zur sinnvollen Nutzung von Flächen
- 136 • zulässige Geschosshöhe in einzelnen bestehenden Vierteln erhöhen
- 137 • Remanenzkonzept entwickeln
- 138 • kein Neubaugebiet westlich der Wollmesheimer Höhe

139 **Mobilität – Alles dreht sich**

140 In Landau bewegt sich zu oft nichts. Autofahrende verschwenden ihre Lebenszeit
 141 im Stau und auf der Suche nach einem Parkplatz, Fahrradfahrende suchen ebenso an
 142 Kreuzungen nach Orientierung, wie sie durchgängige Radwege vermissen. Menschen
 143 zu Fuß stehen gefühlte Ewigkeiten an roten Ampeln und quälen sich mit Rollstuhl
 144 oder Kinderwagen durch die Innenstadt oder über zu schmale Bürgersteige.
 145 Pendlerinnen und Pendlern warten selbst an Werktagen zwischen 7:00 und 17:00 Uhr
 146 bis zu eine Stunde auf den nächsten Bus, während Feiernde sich am späten Abend
 147 oder in der Nacht weder auf Bus noch Bahn verlassen können. Uns ist bewusst,
 148 dass es an vielen Punkten Konflikte zwischen unterschiedlichen
 149 Fortbewegungsarten gibt. Um ein gleichberechtigtes Miteinander zu erreichen,
 150 sind schwierige Entscheidungen und Zugeständnisse an schwächere
 151 Verkehrsteilnehmende nötig. Unser Ziel ist bei allen Konzepten und Kompromissen,
 152 dass Mobilität nachhaltig gestaltet wird und dabei für alle Beteiligten
 153 sicherer, schneller, bequemer und zuverlässiger wird.

154 Gerade in der **Innenstadt** mit unserer Fußgängerzone kann viel für
 155 Barrierefreiheit getan werden. Das **Rotterdammer Pflaster** wollen wir gegen
 156 barrierearme Platten tauschen, Gehwege und insbesondere Bordsteine müssen
 157 prinzipiell abgesenkt werden, wobei alle Einschränkungen mitgedacht werden
 158 sollten. Außerhalb der Fußgängerzone wollen wir alle Straßen innerhalb des
 159 äußeren Rings zu **Fahrradstraßen** machen. König-, Kram-, Waffen- und Reiterstraße
 160 wollen wir für motorisierte Verkehrsteilnehmende zu **Einbahnstraßen** erklären, die
 161 aber hier wie grundsätzlich in der gesamten Stadt für den **gegenläufigen**
 162 **Radverkehr** geöffnet sind. Mit Fahrradbügeln, an denen der Fahrradrahmen
 163 abgeschlossen werden kann, Überdachungen, ggf. Windfang, Aufpumpstationen und E-
 164 Ladestationen schaffen wir wichtige **Radinfrastruktur**. Zeitgleich hat die
 165 Parkraumanalyse der Stadtverwaltung eindeutig gezeigt, dass es für Autos in
 166 Landaus Innenstadt keinen zusätzlichen Parkraum braucht.

167 Stattdessen wollen wir ein kernstadtweites **elektronisches Parkleitsystem**, durch
 168 das die zentralen Parkplätze und Parkhäuser gezielt angesteuert werden können.
 169 Dieses System finanzieren wir durch eine angemessene Erhöhung der Parkgebühren
 170 auf der Straße, die zugleich auch die Parkhäuser attraktiver machen wird, und
 171 durch die Abschaffung der ‚Brötchentaste‘. Einige **Parkplätze** in der Nähe der
 172 Fußgängerzone wollen wir für Menschen mit Beeinträchtigungen und Sozialdienste
 173 reservieren. Außerdem unterstützen wir **Car-Sharing-Projekte**, insbesondere im
 174 Bereich der E-Mobilität, durch kostenfreies Parken und exklusive Parkplätze. Die
 175 **Kontrolle des fließenden Verkehrs** wollen wir von der Polizei übernehmen, um
 176 diese zu entlasten und gezielt Gefahrenpunkte und Unfallschwerpunkte
 177 regelmäßiger vom Ordnungsamt kontrollieren zu lassen.

178 **LandausStauprobleme** liegen wesentlich an den Bahnübergängen im Süden und Westen
 179 der Stadt, an denen wir nichts direkt verändern können. Um das Problem trotzdem
 180 anzugehen, wollen wir alternative Verkehrsmittel zum motorisierten
 181 Individualverkehr fördern und die Stoßzeiten durch andere Arbeitszeit- und

182 moderne Schulzeitmodelle entzerren. Ein weiterer Beitrag können an diesen
183 Punkten flexible **Ampelschaltungen** sein, an den übrigen Ein- und Ausfallstraßen
184 sowie den großen Ringstraßen wollen wir eine Grüne Welle mit Tempo 40
185 einrichten. Deren Schaltung soll auch **längere Grünphasen** für Fußgängerinnen und
186 Fußgänger ermöglichen. **Bedarfsampeln** wollen wir abschaffen. Wo sinnvoll, werden
187 wir ampelfreie Übergänge an Schulen, Kitas und Seniorenheimen einrichten. Für
188 Radfahrende werden wir die in der Innenstadt angelegten Ost-West und Nord-Süd-
189 Achsen fortführen und eine Südwest-Verbindung ermöglichen, die unter anderem
190 durch eine **Fahrradbrücke** im Goethepark die Stautellen umgeht. So soll eine
191 schnelle Durchquerung der Stadt ebenso gewährleistet werden wie die Anbindung
192 der Außenbezirke an Schulen, Universität, Fußgängerzone und Bahnhöfe. An diesen
193 Punkten zusätzlich zu öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern, dem Rathaus
194 und Sportanlagen wäre ein **Fahrradverleihsystem** mittelfristig sinnvoll. Wir
195 favorisieren auch mit Blick auf unsere Ziele zur Bahnpolitik einen Anschluss an
196 das VRNnextbike-System. Auf allen Straßen wollen wir Aufstellflächen,
197 Haltegriffe, Fahrradampeln, Fahrbahnmarkierungen, Radwegebeschilderungen und
198 eine eindeutige Verkehrsführung. **Grünpfeile** für Rechtsabbieger verbessern den
199 Verkehrsfluss oftmals für Autofahrende als auch Radfahrende.

200 Auch um die durch Stau belasteten Straßen im Süden und Westen zu entlasten,
201 wollen wir eine möglichst kreuzungsfreie **West-Süd-Ost-Umfahrung für Radfahrende**
202 schaffen. Diese soll ungefähr bei der Kreisverwaltung SÜW beginnen, an der
203 Wollmesheimer Höhe entlangführen, im Süden die Weißenburgerstraße queren und
204 sich dann bis ins Gewerbegebiet und von dort nach Norden den Bahngleisen folgend
205 fortsetzen. Dort, wo diese Veloroute auf Annweiler-, Wollmesheimer- und
206 Weißenburgerstraße trifft, wollen wir **Mitfahrparkplätze** mit Fahrradboxen
207 einrichten, die zeitgleich für ihre Viertel auch als Parkmöglichkeiten dienen
208 und an ein **Stadtbusssystem** angeschlossen werden.

209 Dieses System soll in der Kernstadt eine 15- bis 20-minütige Taktung haben,
210 Routen für den Horst, die äußeren Ringstraße und die Universität einführen und
211 mit barrierefreien, überdachten Bushaltestellen mit Echtzeitanzeigen attraktiv
212 gemacht werden. Die Stadtdörfer sollen nicht mehr nur jeweils mit der Kernstadt,
213 sondern auch über eine Stadtdorfrouete miteinander verbunden werden. Die Taktung
214 in den Dörfern wollen wir auf 30- bis 45-Minuten verbessern und sie sollen auch
215 an einige Schnellbuslinien angebunden werden. Diese Infrastruktur soll auch
216 abends, nachts und am Wochenende in ihren Grundzügen erhalten bleiben. Durch den
217 Einsatz von moderner Technik (**Ruf-den-Bus-System** via App), E-Bussen und kleinen
218 Bussen soll diese Infrastruktur auch abends, nachts und am Wochenende in ihren
219 Grundzügen erhalten bleiben. Die Mitnahme von Fahrrädern wollen wir prinzipiell
220 und kostengünstig ermöglichen.

221 Neben einer besseren Busanbindung sind uns gute Fahrradroueten zu den **Stadtdörfern**
222 und jeweils von einem Stadtdorf zu seinen Nachbarstadtdörfern wichtig. Diese
223 sollen asphaltiert, mindestens drei Meter breit, gepflegt und regelmäßig geräumt
224 werden. Dazu sind gegebenenfalls passende Reinigungsfahrzeuge anzuschaffen.
225 Diese ausgebauten Radwege wollen wir an bestehende Netze im Landkreis Südliche
226 Weinstraße anknüpfen.

227 Um Landauer **Pendlerinnen und Pendler** ihren Arbeitsweg zu erleichtern und
228 ökologische Alternativen zum Autofahren zu bieten, wollen wir für eine
229 zweigleisige Elektrifizierung der Queichtalbahn ebenso eintreten, wie für die
230 Strecke Neustadt-Landau-Karlsruhe. An allen Bahnhöfen wollen wir ebenfalls
231 Fahrradparkplätze und Park-&-Ride-Parkplätze ausbauen oder schaffen.

232 Um diese Infrastrukturänderungen zu ermöglichen, wollen wir **pro Bürgerin und**
 233 **Bürger Landaus einen Euro pro Monat in die Radinfrastruktur** investieren. Dazu
 234 gehört neben den bereits beschriebenen Maßnahmen auch der Ausbau der
 235 **Öffentlichkeitsarbeit** durch einen Onlineauftritt, der die Möglichkeiten der
 236 Verbindung der unterschiedlichen Verkehrsoptionen (Förderung von
 237 „Intermodalität“) aufzeigt und erleichtert. Wir wollen Radwegekarten für
 238 Freizeit, Schulwege und Unirouten erarbeiten und veröffentlichen und
 239 insbesondere in den Schulen Mobilitätsbildung statt klassischer
 240 Verkehrserziehung ansetzen. Wir unterstützen Aktionen wie „Mit dem Rad zur
 241 Arbeit“, „Park(ing) Day“ und „Stadtradeln“, um auf das Fahrradfahren als gute
 242 Option aufmerksam zu machen. Die Option, das Abmelden eines KFZ (für mindestens
 243 ein Jahr) oder das Tauschen alter Modelle mit Verbrennungsmotor gegen ein neues
 244 Modell mit alternativem Antrieb mit einer Prämie zu fördern, wollen wir prüfen,
 245 um die zu unterstützen, die sich bewusst gegen motorisierten Individualverkehr
 246 entscheiden.

247 Unser Ziel bei all diesen Punkten ist es, die Vorteile in den Bereichen
 248 Gesundheit, Sicherheit und Nachhaltigkeit deutlich zu machen. Die von uns
 249 vorgeschlagene Stadt der kurzen Wege führt zu weniger Lärm, besserer Luft, einer
 250 höheren Lebenserwartung durch Bewegung und der Reduktion von Stress. Sie fördert
 251 die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden und leistet ihren dringenden Beitrag
 252 zum Klimaschutz. Wir ersparen es denen, die nicht angewiesen sind auf ein Auto
 253 oder ein zweites, die finanziellen Mittel dafür aufzubringen, indem wir gute
 254 Alternativen schaffen, und fördern die regionale Wertschöpfung. Letztlich
 255 bleibt, dass wir den öffentlichen Raum gerechter verteilen wollen.

256 **Konkrete Maßnahmen Mobilität:**

- 257 • 1 Euro pro Bürgerin und Bürger pro Monat in Radinfrastruktur investieren
- 258 • Alle Straßen innerhalb des äußeren Rings zu Fahrradstraßen (Fußgängerzone
 259 ausgenommen)
- 260 • Velorouten: West-, Südwest-, Süd- und Ostumfahrungen für Radfahrende
- 261 • Einbahnstraßenregelung im inneren Ring für Autos (mit gegenläufigen
 262 Radverkehr)
- 263 • Radfahrbrücke über Bahngleise durch Goethepark als Zubringerroute zur
 264 Innenstadt
- 265 • Stadtdörfer Radweganbindung verbessern, jedes Stadtdorf mit
 266 Nachbardörfern verbinden,
- 267 • Stadtbussystem einführen
- 268 • Barrierefreiheit und Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger
- 269 • Grünphasen an Ampeln verlängern
- 270 • Pflaster der Fußgängerzone ersetzen
- 271 • Stauprobleme durch Ampelschaltungen (Grüne Welle Tempo 40 auf
 272 Einfahrtsstraßen mit Ampeln und auf äußerem Ring) sowie Alternativen (Rad,
 273 Bus) und Zeitpolitik lösen

- 274 • Parkleitsystem mit elektronischen Anzeigetafeln
- 275 • Kein zusätzlicher Parkraum in der Innenstadt
- 276 • Kontrolle des fließenden Verkehrs zukünftig durch die Stadt
- 277 • Schaffung des Ehrenamts der/des Radfahrbeauftragten

278 **Universitätsstadt – Wir vertreten euch**

279 Bevor 2014 mit Sophia Maroc und Lukas Hartmann Studierende auf der grünen
 280 Stadtratsliste kandidierten, waren die Landauer Studierenden seit Gründung der
 281 Universität im Stadtrat nicht repräsentiert. Über 7000 Studentinnen und
 282 Studenten, die größtenteils im Stadtgebiet leben, verdienen auch weiterhin
 283 gehört und vertreten zu werden. Wir konnten erreichen, dass Landaus Studierende
 284 nicht mehr als bloße Störfaktoren wahrgenommen werden, sondern als Bereicherung
 285 für unsere Stadt verstanden werden.

286 Wenn das Sommersemester beginnt, füllt sich die Stadt. Die Fußgängerzone ist
 287 belebt, die Cafés gefüllt, man spürt, dass mehr los ist. Ihre kulturellen
 288 Veranstaltungen bereichern die Stadtgesellschaft, ihr Konsum spielt Geld in die
 289 Kassen von Bars, Kneipen und Läden. Poetry Slam, Ringvorlesung, Studibühne,
 290 Sommercafe, rhetorischer Salon, Tag zur Nachhaltigkeit und das Engagement
 291 zahlreicher Fachschaften und Hochschulgruppen wie zum Beispiel Queerulanten und
 292 Amnesty International. Im Kontrast zu all dem stehen leider immer noch die
 293 Semesterferien und viel zu viele Wochenenden.

294 Unser Ziel ist, die Interessen dieser Gruppe unserer Bevölkerung weiterhin im
 295 Stadtrat zu vertreten, ihr das Leben leichter und schöner zu machen und
 296 möglichst viele von ihnen zu überzeugen, dass Landau auch nach ihrem Studium
 297 eine lebenswerte Stadt bleibt.

298 Wichtig dafür sind **Freiräume**. Unterschiedliche Tagesabläufe unterschiedlicher
 299 Klientel können für Spannungen sorgen. Wenn Studierende an schönen Sommertagen
 300 noch um 21 Uhr trinkend in einem Park sitzen und Anwohner*innen am nächsten Tag
 301 arbeiten müssen, dann bleiben Konflikte nicht aus. Wir sind überzeugt davon,
 302 dass eine Universitätsstadt viele dieser Konflikte aushalten kann und muss.
 303 Wichtig dafür sind Freiräume. An Orten ohne Anwohnerschaft belästigt Musik kaum.
 304 Entsprechende Reinigungskonzepte und ausreichend Mülltonnen beugen auch
 305 Verschmutzung solcher Orte vor. Aber auch Freiräume zum Bolzen oder andere
 306 Sportarten, öffentliche Grillplätze, Wasserspender, Tischtennisplatten, Trimm-
 307 dich-Pfade und Sitzgelegenheiten gehören für uns hierzu. Der
 308 Landesgartenschauaussichtsturm könnte zu einem solchen Freiraum entwickelt
 309 werden. Alkohol- und Musikverbote lehnen wir rundheraus ab. Stattdessen wollen
 310 wir mehr Musik über Konzerte und in Bars als bisher. Die existierende **Club- und**
 311 **Barlandschaft** werden wir stärken und möglichst erhalten, denn Vergnügungsstätten
 312 gehören nicht bloß ins Gewerbegebiet, sondern mitten in die Stadt. Wir
 313 unterstützen deshalb Gloria, Universum, Logo und andere Lokalitäten. Die
 314 **Sperrstunde** wollen wir flexibler gestalten. Ein zentrales Problem sind die
 315 mangelnden Angebote an Frei- und Samstagen, die sich wechselseitig mit dem
 316 Heimfahren vieler Studierender bedingen. Auch deshalb werden wir studentische
 317 Initiativen unterstützen und versuchen ein breiteres und attraktiveres
 318 **kulturelles Angebot an Wochenenden** zu entwickeln. Dazu gehört auch die
 319 **Außenbestuhlungszeiten** im Sommer konsequent an Freitagen, Samstagen und vor
 320 Feiertagen auf Mitternacht zu verlängern.

321 Dadurch, dass mehr Studierende als früher in der Stadt leben, hat sich die
322 **Wohnraumsituation** verschärft. Es entstanden zwar einige neue Projekte, die sich
323 aber größtenteils auf sehr hochpreisige Studierendenappartments beschränkten.
324 Wir wollen deshalb über die städtische **Wohnungsbaugesellschaft** mit **Wohnungen für**
325 **Wohngemeinschaften** auch für Auszubildende und Schüler diese Lücke im Angebot
326 schließen und mit einer Quadratmeterkaltmiete von nicht mehr als zehn Euro ein
327 Gegengewicht schaffen. Diese Wohnungen wollen wir von Anfang an mit Küchen als
328 Gemeinschaftsräumen und unterschiedlichen großen Zimmern für unterschiedliche
329 finanzielle Möglichkeiten konzipieren. Private Träger und Baugruppen wollen wir
330 dazu anhalten, dem Vorbild der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zu folgen,
331 und studentisches Wohnen mit anderen Wohnformen im gleichen zu realisieren,
332 statt in einzelnen Objekten zu konzentrieren. Außerdem gibt es hunderte große
333 Wohneinheiten in Landau, die derzeit von einer Person über 70 allein bewohnt
334 wird. Als Teil eines **Remanenzkonzeptes** wollen wir vorschlagen, dass manche
335 dieser Seniorinnen und Senioren studentische Untermieter bei sich aufnehmen, die
336 einerseits die Rente aufbessern und möglicherweise ein wenig bei Einkäufen
337 helfen, andererseits so aber freistehender Wohnraum aktiviert wird.

338 Das **Fahrrad** als Hauptverkehrsmittel von Studierenden wollen wir auf vielfältige
339 Weise fördern. Sichere Abstellanlagen an beiden Campi und allen Außenstellen,
340 gute Radverbindungen (wozu die Öffnung der Königstraße für den gegenläufigen
341 Radverkehr entscheidend ist) und auch die VRNnextbike-**Fahrradverleihsysteme** sind
342 dafür einzelne Maßnahmen. Wir wollen aber auch bei der Entwicklung unseres
343 Stadtbussystems auf studentische Interessen achten. Wichtig ist hier eine
344 **Buslinie**, die Haupt- und Westbahnhof über Südcampus/Bürgerstraße und
345 Nordcampus/Alter Messplatz gut getaktet verbindet. Unsere angedachten
346 **Nachtfahrten** des ÖPNV über „Ruf-den-Bus“ mit kleinen Bussen und flexiblen Zeiten
347 und Routen sowie die bessere Anbindung der Stadtdörfer machen zugleich auch das
348 Wohnen in den Stadtdörfern attraktiver. Mittelfristig wollen wir den
349 öffentlichen Nahverkehr für Schülerinnen und Schüler, Studierende und
350 Auszubildende kostenfrei machen. Die gefährliche Situation in der **Fortstraße**
351 durch Stau, kreuzende Fußgänger*innen und sich hindurchschlängelnde
352 Fahrradfahrende wollen wir entschärfen, indem wir ein **Parkplatzkonzept für den**
353 **Uniparkplatz** entwickeln, wozu auch eine gute Integration des alten Messplatzes
354 und das Stoppen der Fremdnutzung gehört. Den durch den Abriss der SÜWEGA-Halle
355 freiwerdenden Platz, wollen wir in der Nordostecke des alten Messplatzes für
356 eine **neue städtische Kita** nutzen, die insbesondere auch für Mitarbeitende der
357 Universität und Studierende mit Kindern attraktiv wäre. Den Weg vom Nordcampus
358 zum Wohnheim durchs Fort wollen wir durch Beleuchtung, befestigte Wege und eine
359 Reduktion der Barrieren sichern.

360 **Willkommenskultur** wollen wir dadurch verbessern, dass statt des Gutscheineftes
361 jeder Auszubildende und Studierende ein **Begrüßungsgeld** und eine
362 **Freibadsaisonkarte** erhält. Die Ersti-Tüten wollen wir weiterentwickeln und einen
363 Semesterplaner mit Fahrradkarten und Freizeitmöglichkeiten beilegen, der zum
364 Beispiel die städtischen Weinfeste ankündigt. Die Tatkraft junger Menschen
365 wollen wir auch dadurch städtischen Vereinen und Initiativen zuführen, indem wir
366 in Kooperation mit der Universität für ausgewählte soziale oder pädagogische
367 Tätigkeiten **Leistungspunkteim Freien Workload** ermöglichen. Außerdem werden wir
368 eine Sammlung Landauer Themen für **Abschlussarbeiten** erstellen, die Lehrenden an
369 der Universität zur Verfügung gestellt wird. Manche dieser Arbeiten wollen wir
370 dann auch finanziell und ideell fördern.

371 Um die Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadt weiter zu verbessern,
 372 wollen wir einem **Dezernat** die feste Zuständigkeit „**Universitätsstadt**“ zuordnen.
 373 In diesem Dezernat ist eine **hauptamtliche Koordinationsstelle** zuzuordnen, die
 374 ein **Transferbüro** möglichst in der Stadtmitte als Anlaufpunkt für alle Fragen
 375 rund um Stadt und Universität bietet. Eine gemeinsame Finanzierung dieser Stelle
 376 streben wir an. Zudem wollen wir den Rat der Stadt für Fragen der Universität
 377 und ihrer Studierenden zu einem echten **Universitätsausschuss** weiterentwickeln.
 378 Dieser soll neben den Stadtratsfraktionen mit gesetzten Vertretern des
 379 Allgemeinen Studierenden Ausschusses (AStA), des Studierendenparlamentes
 380 (StuPa), der Hochschulleitung und unter Einbezug des Freundeskreises der
 381 Universität alle die Universität und Studierende in Landau betreffende Themen
 382 diskutieren und ggf. auch Beschlüsse fassen können. **Studentische Gremien** wollen
 383 wir darüber hinaus in andere Ausschüsse einbeziehen.

384 **Konkrete Maßnahmen Universitätsstadt:**

- 385 • Kultur: Freiräume schaffen, Angebote erhalten und stärken, keine Alkohol-
 386 und Musikverbote
- 387 • Wohnen: günstige Wohnungen für Wohngemeinschaften errichten und
 388 zusätzliche Wohnräume erschließen (Erreichbarkeit Stadtdörfer und
 389 Remanzkonzept)
- 390 • Mobilität: Fahrradinfrastruktur verbessern, Unibuslinie in Stadtbussystem
 391 einrichten, Nachtbussystem „Ruf-den-Bus“ schaffen, Parkplatzkonzept
 392 entwickeln
- 393 • städtische Kita auf altem Messplatz eröffnen
- 394 • Willkommenskultur durch Begrüßungsgeld und Freibadsaisonkarte
- 395 • Workloadpunkte für soziales und pädagogisches Engagement in der Stadt
- 396 • geförderte Abschlussarbeiten zu städtischen Themen
- 397 • Universitätsausschuss
- 398 • Dezernatzuständigkeit „Universitätsstadt“ mit hauptamtlicher
 399 Koordinationsstelle

Begründung

- erfolgt mündlich -

Unterstützer*innen

Lukas Hartmann; Christian Kolain; Lea Sassnowski; Malte Bock